

## EINLADUNG

### 5. Öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

---

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 09.06.2022, 17:30 Uhr

**Raum, Ort:** BVV-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

---

#### Tagesordnung

- 1 Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung
- 2 Annahme von Niederschriften
- 3 Mitteilungen des Kinder- und Jugendparlaments
- 4 Workshop "Rechte & Pflichten der JHA-Mitglieder"  
Referent: Herr Leitner
- 5 Benennung beratender Mitglieder des Jugendhilfeausschusses durch das für den Geschäftsbereich Jugend zuständigen Mitglied des Bezirksamts, vgl. § 35 Abs. 7 i.V.m. Abs. 8 AG KJHG Berlin
  - eine in der Mädchenarbeit erfahrene Frau (Abs. 7 Nr. 3)
  - eine in der Arbeit mit behinderten Kindern und Jugendlichen erfahrene Person (Abs. 7 Nr. 4)
  - eine Person zur Vertretung des Bezirkseleiternausschusses der Kindertagesstätten (Abs. 7 Nr. 5)
- 6 Benennung bis zu drei weiteren Personen aus der Jugendhilfe sachverwandten Bereichen, § 35 Abs. 7 Nr. 9 i.V.m. Abs. 8 AG KJHG Berlin
  - Stellvertretende Person des KJP
  - ggf. weitere Personen
- 7 Wahl einer Vertretung des Jugendhilfeausschusses im Verwaltungsbeirat Kita Nord/West
- 8 Familienförderung
- 9 Kitaentwicklungsplan
- 10 Hortantrag vereinfachen  
SPD-Fraktion

**0095/6**

- |    |  |               |
|----|--|---------------|
| 11 | Europa stärken<br>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen   | <b>0101/6</b> |
| 12 | Stadt der Kinder<br>SPD-Fraktion   | <b>0128/6</b> |
| 13 | Endlich wieder eine Einrichtung der staatlichen Jugendförderung in<br>Westend schaffen<br>CDU-Fraktion (JHA m., HH ffd.)   | <b>0129/6</b> |
| 14 | Teilhabe an Kommunalpolitik ermöglichen –<br>Gebärdensprachdolmetscher:innen für politische Gremien<br>Fraktion DIE LINKE (JHA m., Int m., HH ffd.)  | <b>0145/6</b> |
| 15 | Mitteilungen<br>a) der Vorsitzenden<br>b) der Verwaltung/Fragen an die Verwaltung<br>c) der Freien Träger und Verbände<br>d) der Arbeitsgemeinschaften<br>e) des Bezirkselfternausschusses der Kindertagesstätten<br>f) des Bezirksschulbeirates |               |
| 16 | Verschiedenes  |               |
| 17 | Nächster Sitzungstermin  |               |

Im Falle der Verhinderung wollen Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihrem Vertreter zusenden oder Ihr Fraktionsbüro benachrichtigen.

Wiemann  
Ausschussvorsitzende

## Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
6. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag  
SPD-Fraktion  
Sempff/Bodensiek

TOP-Nr.:
----------

## Antrag

**DS-Nr: 0095/6**

Beratungsfolge:
-----------------

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

## Hortantrag vereinfachen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten zu prüfen, ob im Rahmen der Beantragung eines Hortgut-scheins und des Abschlusses eines Betreuungsvertrages, das Verwaltungsverfahren für den Bürger\*innen durch direkte Kommunikation zwischen der jeweiligen Schule und dem Jugendamt ggfs. mit einer entsprechenden Einwilligung gem. Art. 6 Absatz 1 lit. a) DSGVO vereinfacht werden kann.

Der BVV ist bis zum 30.6.2022 zu berichten.

### Begründung:

Durch den Wegfall des mehrfachen Versands zwischen Schule, Erziehungsberechtigten und Jugendamt können die Verfahren zu Gunsten aller Beteiligten erheblich beschleunigt und vereinfacht werden.

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
6. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Kempf/Weise/de Souza Martins

TOP-Nr.:

**Antrag****DS-Nr: 0101/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

**Europa stärken**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, im Rahmen des europäischen Jahres der Jugend auf die geplanten Veranstaltungen hinzuweisen und selber Veranstaltungen anzubieten, um den Zusammenhalt in Europa zu stärken und die Möglichkeiten des europäischen Austauschs zu fördern.

Der BVV ist bis zum 30.8. 2022 zu berichten.

**Begründung:**

Gerade jetzt ist es wichtig, Europa zu stärken und die Möglichkeiten der Begegnung und des Austauschs zu nutzen.

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
6. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag  
SPD-Fraktion  
Sempff/Dr. Biewener

<b>TOP-Nr.:</b>
-----------------

**Antrag****DS-Nr: 0128/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

**Stadt der Kinder**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, ein Konzept zu entwickeln, das den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf zu einem Bezirk der Kinder weiterentwickelt. Dabei sind folgende Schwerpunkte zu setzen:

- Angelehnt an das Konzept „Raum für Kinder“ des Bezirksamtes Spandau, soll die Beteiligung von Kindern an Spielplatz Neu- und Umbauten verstärkt werden.
- Die bestehende Auflistung auf der Internetseite des Bezirksamtes soll in einer kindgerechten Form aufbereitet und regelmäßig aktualisiert werden.
- Einmal im Jahr sollen sogenannte Spielplatztage im Bezirk stattfinden, dabei werden Angebote auf den verschiedenen Spielplätzen unter Einbeziehung von örtlichen Initiativen durchgeführt. Im Zentrum der Spielplatztage soll ein Abschlussfest auf einem zentralen (Spiel-)Platz stehen.

Der BVV ist bis zum 30.09.2022 zu berichten.

Begründung:

Charlottenburg-Wilmersdorf besitzt als Innenstadtbezirk sehr wenig Spielflächen. Inzwischen gibt es Konkurrenzdruck zwischen den wenigen bezirkseigenen Flächen. Es ist daher ein wichtiges Anliegen, dass wir die wenigen Spielflächen pflegen und entsprechend Instandhalten. Diese Instandsetzungen sollen gemeinsam mit den Kindern vor Ort erfolgen. Das Konzept des Bezirksamtes Spandau, „Raum für Kinder“ biete einen Ansatz an, wie mit Beteiligung von Kindern umgegangen werden kann. Darüber hinaus werden bei „Raum für Kinder“ auch Projektpartner\*innen und Sponsor\*innen mit in die Planung einbezogen. Wichtiges Element ist dabei eine zentrale Webseite, auf der alle

Spielplätze aufgeführt werden. Einmal im Jahr gibt es darüber hinaus ein bezirksweites Fest: die Spielplatztage. Unter Einbeziehung von örtlichen Initiativen werden kleine Feste auf den Spielplätzen ausgerichtet, um mit einem zentralen großen Kinderfest die Spielplatztage enden zu lassen.

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
6. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag

CDU-Fraktion

Häntsch/Schmidt-Statzkowski/Pönack

TOP-Nr.:

**Antrag****DS-Nr: 0129/6**

Beratungsfolge:

*Datum**Gremium*

BVV

**Endlich wieder eine Einrichtung der staatlichen Jugendförderung in Westend schaffen**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, einen Plan zur Schaffung einer Einrichtung der bezirklichen Jugendförderung in Westend mit Finanzierungsplan und in Frage kommenden Grundstücken zu erstellen und der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf und dem Jugendhilfeausschuss bis zum 30. Juni 2022 vorzulegen.

**Begründung:**

Seit der Schließung des Jugendheims in der Soorstraße 85 gibt es keine Einrichtung der staatlichen Jugendförderung mehr in Westend.

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
6. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag

Fraktion DIE LINKE

Grunde-Brunner/Juckel/Zetsche

TOP-Nr.:

**Antrag****DS-Nr: 0145/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

**Teilhabe an Kommunalpolitik ermöglichen – Gebärdensprachdolmetscher:innen für politische Gremien**

Das Bezirksamt wird beauftragt, in den Bezirkshaushalt 2023/24 hinreichende Mittel für die Beauftragung von Gebärdensprachdolmetscher:innen für alle per Livestream übertragenen BVV-Sitzungen (vgl. Drucksache 2021/5), Sitzungen des Kinder- und Jugendparlaments sowie der Sitzungen der Senior:innen-Bezirksversammlung bereitzustellen. Die vertragliche Regelung soll dabei so gestaltet werden, dass das Bezirksamt einen Vertrag mit Anbieter:innen abschließt, der alle genannten Sitzungstermine abdeckt, so dass nicht für jede einzelne Sitzung separate Aufträge erteilt und Angebote eingeholt werden müssen.

Eine Fortführung und Verstetigung des Angebots in nachfolgenden Bezirkshaushalten ist zu gewährleisten.

Der BVV ist zum 30.09.2022 zu berichten.

**Begründung:**

Die Teilhabe an kommunalpolitischen Entscheidungen muss allen Bürger:innen gewährleistet sein, doch bisher sind taube, schwerhörige oder ertaubte Menschen im Bezirk davon ausgeschlossen. Als Träger öffentlicher Belange sind die Bezirksämter gemäß UN-Behindertenkonvention (Artikel 9) dazu verpflichtet, geeignete Maßnahmen mit dem Ziel zu treffen, für Menschen mit Behinderungen den gleichberechtigten Zugang zur physischen Umwelt einschließlich Information und Kommunikation sicher zu stellen. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist in Deutschland unmittelbar geltendes Recht. Mit der Bereitstellung von Gebärdensprachdolmetschung für die Sitzungen der BVV, des Kinder- und Jugendparlaments sowie der Senior:innen-Bezirksversammlung setzt das Bezirksamt dieses Recht auf Teilhabe endlich um.